



7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.02.2011

SITZUNGSORT: Ratssaal B des Rathauses Nettetal, Doerkesplatz 11, 1. OG

Öffentliche Sitzung	Nichtöffentliche Sitzung
Beginn: 18:30 Uhr	Beginn: 19:40 Uhr
Ende: 19:40 Uhr	Ende: 20:45 Uhr

Anwesend sind

Ausschussvorsitzender

Wagner, Christian

CDU-Fraktion

Bartsch, Dr. Sebastian CDU

Fänger, Horst CDU

Glasmachers, Hans-Peter CDU anwesend für Post, Harald

Heymann, Ingo CDU

Lange, Dr. Christian CDU

Optendrenk, Dr. Marcus CDU

Stein, Christian CDU

Syben, Günter CDU

Werner, Günter CDU

Witzke, Axel CDU

SPD-Fraktion

Dyck, Renate SPD

Melchert, Arno SPD

Schürmann, Christian SPD

Vyver, Hans SPD

FDP-Fraktion

Peters, Johannes FDP

Troost, Hans-Willy FDP

Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Gahlings, Guido Bündnis 90/Die Grünen

Scholz, Erhard Bündnis 90/Die Grünen

WIN-Fraktion

Siemes, Hajo WIN

ABK-Fraktion

Overhage, Hans ABK

**Niederschrift
der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 22.02.2011**

von der Verwaltung

Schönfelder, Armin	Erster Beigeordneter
Fritzsche, Susanne	Technische Beigeordnete
Müller, Norbert	Kämmerer
Sagel, Dietmar	Leiter NetteAgentur
Reiffs, Margret	Leiterin ZB 10
Jäger, Thomas	Leiter ZB 20
Kamps, Christoph	NetteAgentur
Paland, Nina	Schriftführerin

Sonstige (Sachverständige, Gäste u.a.)

Herr Dr. Giger	Fa. seim & partner
Herr Haag	Fa. seim & partner
Pressevertreter	

abwesend sind folgende Mitglieder

CDU-Fraktion

Post, Harald	CDU
--------------	-----

von der Verwaltung

Lüngen, David	Leiter NetteZentrale
---------------	----------------------

TOP	Betreff	Vorlage
Ö 1	Mitteilungen der Verwaltung	
Ö 1.1	Mitteilungen der Verwaltung; hier: Bericht über die Abfallentsorgung	682/2009-14
Ö 1.2	Mitteilungen der Verwaltung; hier: heutiges Treffen der Arbeitsgruppe 2015+	
Ö 2	Goerigk-Stiftung	
Ö 2.1	Verwendung des städtischen Anteils an der Goerigk-Stiftung	636/2009-14
Ö 2.2	Verwendung des städtischen Anteils an der Goerigk-Stiftung	636/2009-14/1
Ö 3	Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW; hier: Gebührenbedarfsberechnung 2011 für den Rettungsdienst	661/2009-14
Ö 4	Anfragen von Ausschussmitgliedern gem. § 22 der Geschäftsordnung	

**Niederschrift
der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 22.02.2011**

- | | | |
|-----|--|-------------|
| N 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| N 6 | Beteiligungsangelegenheiten | 643/2009-14 |
| N 7 | Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW | 662/2009-14 |
| N 8 | Finanzangelegenheiten | |
| N 9 | Anfragen von Ausschussmitgliedern gem. § 22 der Geschäftsordnung | |

**Niederschrift
der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 22.02.2011**

Bürgermeister Wagner eröffnet die 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und begrüßt die Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie die Pressevertreter. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zur Sitzung wurde am 11.02.2011 ordnungsgemäß eingeladen. Einwendungen gegen die Tagesordnung der heutigen Sitzung sowie die Niederschrift der 6. Sitzung vom 02.12.2010 werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte SV Chr. Schürmann gem. § 16 Abs. 1 Geschäftsordnung gerne geklärt wissen, ob TOP N 6 „Beteiligungsangelegenheiten“ nicht besser öffentlich beraten und beschlossen werden sollte.

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass die Überlegungen zu Geschäftsstrategien der Stadtwerke noch nicht abgeschlossen seien und man daher die Beratungen zunächst noch in nichtöffentlicher Sitzung führen werde. Anschließend werde man aber überlegen, wie dieses Thema öffentlich bekannt gemacht werde.

Nr. HFA/007/2009-14

TOP	Betreff	Vorlagennummer
-----	---------	----------------

Öffentlicher Teil

zu 1 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 1.1 Mitteilungen der Verwaltung;
 hier: Bericht über die Abfallentsorgung**

682/2009-14

Zur Kenntnis genommen

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Stadtkämmerer Müller verweist auf die Tischvorlage und die darin zusammengefassten Zahlen zur Entwicklung des Müllvolumens, des Entsorgungsaufwandes und der Gebühren. Man wolle heute unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ keine ausgedehnte Expertise zur Abfallentsorgung liefern, aber zumindest einen kurzen Zwischenbericht zur ersten Gebührenabrechnung im Rahmen des Identsystem geben.

Nachdem das System in 2010 angelaufen sei, habe man Anfang Januar den Datentransfer durchgeführt und die Zahl der Leerungen im Rahmen der Bescheiderstellung für die Grundbesitzabgaben abgerechnet. Auch wenn man beim zeitlichen Ablauf des Abrechnungsverfahrens noch leichtes Optimierungspotential sehe, könne man insgesamt mit dem bisherigen Verlauf sowohl aus ökonomischer wie ökologischer Sicht sehr zufrieden sein.

Mit der Neuausschreibung der Abfuhrleistungen und der Einführung des Identsystems, so führt der Stadtkämmerer aus, habe man einerseits die ersten Schritte in Richtung einer kreisweiten Harmonisierung machen wollen. Gleichzeitig sollten natürlich Kostensenkungen erreicht werden und weitere Schritte zur Müllvermeidung gemacht werden. Heute könne man feststellen, dass man diese Ziele erreicht habe.

**Niederschrift
der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 22.02.2011**

Anhand der Tischvorlage verdeutlicht der Stadtkämmerer, dass sowohl die Müllmenge weiter verringert als auch Kostenvorteile für die Bürger erreicht werden konnten. Es zeige sich, dass sich die Nettotaler sehr schnell an das Prinzip des Identensystems gewöhnt hätten und von der individuellen Abrechnung profitierten. Sehr erfreulich sei dabei, dass die Abfallmengen weiter rückläufig seien und es auch nicht – wie befürchtet – zu einer Zunahme der unkontrollierten Abfallentsorgung gekommen sei („Müll in der Landschaft“).

Besondere Erwähnung verdiene noch, dass die Gebührenbelastung ebenfalls erheblich gesunken sei. Ziehe man die Vergleichswerte aus dem Jahr 2005 heran, so sei ein Rückgang des gesamten Gebührenhaushaltes von ca. 25 % festzustellen. Rückfragen bzw. Schwierigkeiten bei den Anfragen zu den neuen Gebührenbescheiden hielten sich absolut in Grenzen und seien in den ganz überwiegenden Fällen durch Telefonate aufzulösen.

SV Troost bemängelt, dass die durchaus erwähnenswerten Zahlen leider erst mit der heutigen Tischvorlage bekannt geworden seien. Außerdem möchte er wissen, warum die Restmüllmenge für die Kalkulation 2011 trotz des geringen Aufkommens 2010 so hoch angesetzt worden sei.

Bürgermeister Wagner erinnert an die einleitende Bemerkung des Stadtkämmerers; es ginge heute nicht um eine Detailbetrachtung der Abfallentsorgung. Dies sollte den weiteren Beratungen in den Fraktionen oder auch gegebenenfalls in einer weiteren Runde des Arbeitskreises Abfall vorbehalten bleiben. Stadtkämmerer Müller verweist zu den Müllmengen auf die zeitliche Abfolge: die Kalkulationsgrundlagen stammten aus September 2010 und zu diesem Zeitpunkt war eine derartiger Rückgang noch nicht sicher zu prognostizieren.

Auf Nachfrage von SV Gahlings zum Rückgang des Biomaterials bestätigt der Stadtkämmerer, dass die Zahl der Eigenkompostierer gestiegen sei. Gleichzeitig hätten zahlreiche Haushalte vom 240-l-Gefäß auf die kleinere Tonne umgestellt.

Die relativ problemlose Bescheidgestaltung wird von SV Melchert kritisch hinterfragt. Er habe durchaus Schwierigkeiten, die ihm übermittelten Daten nachzuvollziehen. Stadtkämmerer Müller bietet ihm an, dies im direkten Kontakt mit dem ZB Steuern und Abgaben zu klären (Anmerkung der Verwaltung: Die Anfrage wurde zwischenzeitlich einvernehmlich erledigt).

zu 1.2 Mitteilungen der Verwaltung; hier: heutiges Treffen der Arbeitsgruppe 2015+

Protokoll:

Bürgermeister Wagner berichtet, dass sich heute die Arbeitsgruppe 2015+ getroffen habe. Derzeit werden die verschiedenen Themenbereiche aufbereitet, um anschließend die politischen Gremien einzubinden. Über den weiteren Verlauf werde man in den nächsten Sitzungen berichten.

zu 2 Goerigk-Stiftung

zu 2.1 Verwendung des städtischen Anteils an der Goerigk-Stiftung 636/2009-14

einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die weitere Vorgehensweise zur Verwendung des Stiftungsanteils der Stadt Nettetal an der Goerigk-Stiftung wird zur Beratung an die Fraktionen überwiesen.

**Niederschrift
der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 22.02.2011**

Protokoll:

Bürgermeister Wagner geht in einer ausführlichen Stellungnahme auf den bisherigen Ablauf ein (es gilt das gesprochene Wort):

„Meine Damen und Herren,

die Aufgeregtheiten im Vorfeld der Sitzung, die in der heutigen Presseberichterstattung ihre Fortsetzung genommen haben, veranlassen mich, den heutigen Beratungsgegenstand nochmals nüchtern darzustellen:

Wie angekündigt und zugesagt wollen wir heute in die Beratung darüber eintreten, wie wir verantwortungsvoll im Sinne der verstorbenen Josefa Goerigk den der Stadt hinterlassenen Anteil von über 228 t € verwenden wollen.

Diese großherzige Zuwendung sollte Anlass zur Freude und Dankbarkeit sein und nicht in eine persönlich gefärbte Auseinandersetzung münden.

Der Wille der Erblasserin hat sich in ihrem Testament konkretisiert; dieses Testament liegt Ihnen vor. Der entscheidende Passus lautet:

„Der jährliche Erlös soll 15 Jahre lang für soziale und gemeinnützige Zwecke in Kaldenkirchen ausgegeben werden, wobei das Schwergewicht der Ausgaben erfolgen soll an: Arme, Bedürftige, Hilflose, Kranke u.ä.

Nach 15 Jahren ist die Einrichtung aufzulösen. Das dann vorhandene Kapital sollen zu je 1/3 erhalten: (...) die Stadt Nettetal. Das Kapital muss von den Genannten innerhalb von zwei Jahren nach Auflösung wie der genannte Erlös in Kaldenkirchen verwendet werden. Weitere soziale Einrichtungen können berücksichtigt werden.“

Nachdem die Stiftungsleitung in ihrer letzten Sitzung die Auskehrung der Anteile an die Begünstigten beschlossen hatte und das Geld im Januar diesen Jahres der Stadt Nettetal zugeflossen ist, treten wir mit der heutigen Sitzung zügig in die Beratung über die Mittelverwendung ein.

Leider hatte sich bereits im vergangenen Jahr ein Disput zwischen dem Ehemann der Testamentsvollstreckerin, Herrn Leo Frenken und dem Vertreter der Pfarre St. Clemens in der Stiftungsleitung, Herrn Willi Tempels, darüber entwickelt, ob der Anteil, der der Pfarre St. Clemens zusteht, zulässigerweise anteilig für den Bau der Doppelturnhalle dort verwendet werden kann. Herr Erster Beigeordneter Schönfelder hatte den Rat in seiner Sondersitzung im vergangenen August über diese Idee des Fördervereins in Kenntnis gesetzt.

Dagegen hätte der städtische Anteil – anders als von Dritten dargestellt – nicht auf die vom Förderverein zugesagte Eigenleistung in Höhe von 500.000 € angerechnet werden können. Da der vertretungsberechtigte Ehemann der Testamentsvollstreckerin sich entschieden gegen die Förderung der Turnhalle aus Mitteln der Stiftung bzw. des Vermächtnisses wandte, verfolgte die Verwaltung auch keine derartigen Ideen.

Vielmehr prüfte die Verwaltung Möglichkeiten, die Mittel - wie eindeutig im Testament verfügt – innerhalb von zwei Jahren zu verwenden und andererseits auch eine langfristige Wirkung im Sinne der verstorbenen Frau Goerigk zu erreichen.

Mit aller Entschiedenheit weise ich Unterstellungen zurück, hier wäre die Verwaltung von sachfremden Erwägungen geleitet worden. Allein in dieser falschen Unterstellung liegt die Begründung für den heute in der Presse befürchteten weitergehenden Schaden.

Meine Damen und Herren,

hier haben alle Verantwortlichen in der Politik aber auch die Vertreter der öffentlichen Meinung die Verpflichtung, durch eine sachbezogene Behandlung der Angelegenheit weitere Irritationen zu vermeiden.

Auf Basis der Überlegungen, wie wir einerseits die Mittel zeitnah verwenden könnten und andererseits einen langfristigen Nutzen für sozial schwache Menschen erreichen könnten, entwickelten wir die Überlegungen, die Mittel für den Bau der Mensa zu verwenden und dort im wahrsten Sinne des Wortes einen Raum für die Menschen zu schaffen, deren Unterstützung für Frau Goerigk ein solches Herzensanliegen gewesen ist. Mit den kostenlosen Mahlzeiten und dem kostenlosen Nutzungsrecht für

**Niederschrift
der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 22.02.2011**

soziale Gruppen und Einrichtungen für die Lebensdauer des Gebäudes hätten wir als Stadt einen Mehrwert geschaffen, der sicher als adäquat zur zugeflossenen Summe angesehen werden kann. Von daher war die Verwaltung sehr überrascht, dass sich das Ehepaar Frenken mit solcher Entschiedenheit gegen diese Idee wandte. Letztlich lässt sich das aus meiner Sicht nur damit erklären, dass in Kaldenkirchen Gerüchte aufkamen, die Stadt würde diese Mittel gleichsam als Quersubvention für die Turnhalle verwenden, was angesichts der erläuterten erweiterten Nutzung des Mensagebäudes aber nicht plausibel ist.

Dennoch nahm die Verwaltung die Bedenken der Eheleute auf und verzichtete auf einen konkreten Beschlussvorschlag für die heutige Sitzung. Gerne hätte sich der in dieser Angelegenheit zuständige Erste Beigeordnete im Vorfeld der Sitzung auch noch mit dem Ehepaar Frenken ausgetauscht. Ein derartiges Gespräch wurde jedoch von Herrn Frenken kategorisch abgelehnt. Der Vorschlag, die Mittel für die Mensa zu verwenden, wurde dann nur noch als eine „Idee“ in die Beratungen für die Fraktionen eingebracht.

Ausdrücklich hat die Verwaltung nicht die eigene Idee sondern einen Konsens über die sachgerechte Mittelverwendung auf Basis der anstehenden Beratungen der Fraktionen in den Mittelpunkt gerückt. Selbstverständlich geht die Verwaltung davon aus, dass im weiteren Verfahren die Bürgerinnen und Bürger in Kaldenkirchen die Möglichkeit haben, sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Auf Basis dieser Fakten sind Formulierungen, wie der Bürgermeister wolle seinen „Kopf“ durchsetzen nicht sachgerecht und entbehren jeder Grundlage.

Tatsächlich habe ich mich erst in der vergangenen Woche persönlich mit der Angelegenheit befasst und versucht über Herrn Pastor Schnitzler doch noch zu einem persönlichen Gespräch mit Herrn Frenken zu kommen. Er machte – wie Sie aus dem der Ergänzungsvorlage anliegenden Fax ersehen können – die bedingungslose Übernahme seines Vorschlages zur Vorbedingung eines solchen Gespräches. Wie Sie meinem Antwortschreiben entnehmen können, habe ich seinen Vorschlag als eine gute Grundlage für ein solches Gespräch angesehen. Ich habe dabei lediglich angemerkt, dass eine zeitliche Streckung der Mittelverwendung von mehr als zwei Jahren angesichts des eindeutigen Wortlauts des Testaments problematisch sein könnte und wir hierüber noch näher sprechen sollten. Gerade um deutlich zu machen, dass wir ihn bzw. seine Ehefrau in die weitere Entscheidungsfindung einbeziehen wollen, habe ich ein erweitertes Mitspracherecht für die Mittelverwendung angeregt. Eine Beschränkung auf „Baumaßnahmen“ war übrigens in keiner Weise Gegenstand des Briefwechsels. Als Reaktion darauf ließ Herr Frenken über Pastor Schnitzler ausrichten, da ich seine Vorstellungen nicht bedingungslos anerkannt hätte, käme vor der heutigen Sitzung kein Gespräch in Betracht. Danach hat er offensichtlich die Fraktionen und die Öffentlichkeit genutzt, um die Verwaltung unter Druck zu setzen.

*Meine Damen und Herren,
ich habe mit den Eheleuten Frenken bislang keinerlei Möglichkeit gehabt, ein Gespräch zu führen. Alle Angebote dazu wurden von Herrn Frenken abgelehnt. Nunmehr wird mir öffentlich unterstellt, ich würde gegen den Willen der Verstorbenen agieren.
Bei allem Respekt, aber für diese Vorgehensweise fehlt mir jedes Verständnis. Ich weiß nicht, wieso sich Herr Frenken dagegen wehrt, die zeitliche Begrenzung im Testament überhaupt zu diskutieren.*

Die Vorkommnisse der vergangenen Tage veranlassen die Verwaltung jedenfalls dazu, vor einer Beschlussfassung über die Mittelverwendung eine externe rechtliche Prüfung herbeizuführen.

Ich würde mich freuen, wenn wir in der anschließenden Beratung Möglichkeiten einer konstruktiven Lösung in den Mittelpunkt stellen. Die Verwaltung wird sich gerne darum bemühen, Vorschläge aus der Bürgerschaft und den Fraktionen im Hinblick auf die Übereinstimmung mit dem Testament zu prüfen, damit wir eine rechtssichere Entscheidung im Sinne der Erblasserin treffen. Trotz der unsachlichen Anwürfe des Ehemanns der Testamentsvollstreckerin halten wir daran fest, ihn und seine Frau mit einzubeziehen und hoffen auf ein persönliches Gespräch.“

Erster Beigeordneter Schönfelder schließt sich vollinhaltlich den Ausführungen des Bürgermeisters an. Er wise die teilweise erhobenen Vorwürfe und Vermutungen ebenfalls deutlich und mit aller Entschiedenheit zurück und appelliere an alle Beteiligten, dass man zu einer sachlichen und sachgerechten Diskussion zurückkehre. Aus persönlicher Sicht füge er hinzu, dass er den Stil der Auseinander-

**Niederschrift
der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 22.02.2011**

setzung für völlig unangemessen halte. Leider passe dies auch überhaupt nicht zur bisherigen Arbeit im Stiftungsvorstand, an dessen letzter Sitzung er auch persönlich teilgenommen habe.

SV Heymann stellt für seine Fraktion fest, dass es anscheinend die Zeit der großen Geschütze sei. Viele Beteiligte seien in den letzten Wochen damit beschäftigt gewesen, eine positive und überaus lobenswerte Initiative zu zerreden. Einige Stellungnahmen und auch die ein oder andere Wortwahl seien inakzeptabel gewesen. Dieser Stil werde von seiner Fraktion ausdrücklich nicht gewünscht. Für die CDU stehe der Wille der Erblasserin, fixiert im Testament vom 13.07.1994, absolut im Mittelpunkt. Nur auf diesen Willen komme es an, nicht auf die Vorstellungen von Politik und Verwaltung. Die CDU werde sich in diesem Sinne an der weiteren Diskussion beteiligen und schlage vor, gemeinsam zur nächsten Sitzung Vorschläge zu erarbeiten.

SV Siemes bemängelt, dass im Rahmen der Erstellung der Tagesordnung wohl keine Prüfung im Sinne des § 8 Abs. 4 der Geschäftsordnung (Ausschluss der Öffentlichkeit) vorgenommen worden sei. Ohne Not habe die Verwaltung das gesamte Testament nunmehr veröffentlicht und damit seien aus seiner Sicht Persönlichkeitsrechte verletzt worden. Man habe durchaus das gesamte Testament mitliefern können, allerdings hätten irrelevante Passagen unkenntlich gemacht werden können. Er beantrage deshalb, diesen Verstoß gegen die Geschäftsordnung vom Haupt- und Finanzausschuss feststellen zu lassen.

Bürgermeister Wagner und Erster Beigeordneter Schönfelder erwidern, dass gerade von der WIN-Fraktion mehrfach und eindringlich um Transparenz nachgesucht und um Vorlage aller Unterlagen gebeten worden sei. Diesem Ansinnen sei man jetzt nachgekommen. Nach Prüfung und Anfrage beim Nachlassgericht sehe man auch keinen Hinderungsgrund, das öffentliche Testament nicht im Rahmen der öffentlichen Sitzung zu behandeln.

SV Dr. Optendrenk mahnt eine Diskussion in der Sache an. Mit sachfremden Erwägungen oder Verfahrensfragen werde man weder der hier zu entscheidenden Frage gerecht, noch helfe eine Geschäftsordnungsdebatte.

Für die FDP-Fraktion schließt sich SV Peters den Ausführungen von SV Dr. Optendrenk an. Inhaltlich begrüße man ausdrücklich das Statement von SV Heymann, mit der eine präzise und sachgerechte Darstellung geliefert worden sei.

SV Chr. Schürmann sorgt sich angesichts der Diskussion um das Bild in der Öffentlichkeit. Er kritisiert, dass man nun völlig ohne Not eine Scheindebatte führe. Seiner Meinung nach sei dadurch zu befürchten, dass jeder potentielle zukünftige Spender aufgrund dieser Debatte schnellstens von seinem Vorhaben abrücke. Dies könne nicht im Sinne aller Akteure sein und daher bittet er die Ratskollegen und die anderen Beteiligten, zu einer vernünftigen Vorgehensweise zurückzukehren. Einen möglichen Weg zeige der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf.

Es gehe hier darum, dass Vermächtnis der Frau Goerigk nach bestem Wissen und Gewissen zu verwenden, so SV Gahlings. Das Testament gebe einen relativ eindeutigen Weg vor. Er habe deshalb durchaus den Eindruck, dass die Fraktionen nicht sehr weit auseinander lägen. Selbstverständlich sei eine ausführliche Diskussion notwendig, um den Willen der Erblasserin umzusetzen. Diese solle aber mit dem notwendigen Respekt und unter Berücksichtigung der klaren Intention von Frau Goerigk in aller Ruhe geführt werden. Im Rahmen dieses Entscheidungsprozesses sei auch eine intensive Prüfung notwendig, welche Möglichkeiten bestünden, den vorgegebenen 2-Jahres-Zeitraum ggf. zu verlängern.

SV Siemes bekräftigt seine Kritik an der Verletzung der Persönlichkeitsrechte Dritter. Er bittet außerdem um Auskunft, wie sich die Verwaltung die angekündigte externe Prüfung des Testaments vorstelle.

Bürgermeister Wagner überlegt, bei der Prüfung von Verwendungsvorschlägen das Nachlassgericht einzubeziehen und ggf. fachanwaltliche Beratung einzuholen. In jedem Fall soll die Testamentsvollstreckerin einbezogen werden.

Für SV Overhage ist der Wortlaut des Testaments bzw. der Satzung relativ eindeutig. Trotzdem sei der Vorschlag des Bürgermeisters zu begrüßen, dass die Fraktionen evtl. parallel noch eigene Vor-

**Niederschrift
der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 22.02.2011**

zu 2.2 Verwendung des städtischen Anteils an der Goerigk-Stiftung 636/2009-14/1

Protokoll:

Verwiesen wird auf die Beratung zu TOP Ö 2.1. Ein Beschluss wird zu dieser Vorlage (636/2009-14) nicht gefasst.

**zu 3 Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW; 661/2009-14
 hier: Gebührenbedarfsberechnung 2011 für den Rettungs-
 dienst**

einstimmig beschlossen

Beschluss:

Im Wege der Dringlichkeit (§ 60 Abs. 1 GO) wird die Gebührenbedarfsberechnung 2011 für den Rettungsdienst sowie die 26. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Nettetal für die Benutzung der Krankenkraftwagen vom 15.12.1982 beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Protokoll:

Erster Beigeordneter Schönfelder erläutert die Sitzungsvorlage. Anschließend lässt Bürgermeister Wagner über den Beschlussvorschlag abstimmen.

zu 4 Anfragen von Ausschussmitgliedern gem. § 22 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

**Niederschrift
der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 22.02.2011**

Die Niederschrift wird hiermit festgestellt.

Nettetal, 22.02.2011

Bürgermeister Christian Wagner

Schritfführerin Nina Paland

Schritfführer Thomas Jäger